

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	32. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	22. November 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 1 der Tagesordnung: Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2017/18
Satzungsbeschluss zur Vorlage und Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbe-
hörde
Vorlage: 2016/0721

Beschluss: .

1. Der Gemeinderat beschließt den Entwurf des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 einschließlich der 1. Veränderungsliste und der während der Beratung am 15. November 2016 beschlossenen Veränderungen, die in der 2. Veränderungsliste (Anlage 1) aufgeführt werden. Sämtliche Änderungen sind in den endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu übernehmen.
2. Der Gemeinderat beschließt aufgrund § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. 2000, S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2015 (GBl. 2016 S. 1) die Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird festgesetzt:

	Haushaltsjahr	
	2017 Euro	2018 Euro
1. im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen		
1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	1.274.088.484	1.268.734.966
1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-1.240.819.765	-1.261.397.812
1.3. Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	33.268.719	7.337.154
1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0	0
1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von	33.268.719	7.337.154
1.6. Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	3.000.000	3.000.000
1.7. Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	-1.500.000	-1.500.000
1.8. Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	1.500.000	1.500.000
1.9. Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von	34.768.719	8.837.154

2. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen		
2.1. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	1.253.283.778	1.250.073.764
2.2. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-1.168.507.426	-1.207.395.294
2.3. Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	84.776.352	42.678.470
2.4. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	33.918.756	17.000.146
2.5. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-184.536.666	-194.498.534
2.6. Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-150.617.910	-177.498.388
2.7. Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-65.841.558	-134.819.919
2.8. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	77.000.000	140.000.000
2.9. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-16.036.970	-19.809.140
2.10. Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	60.963.030	120.190.860
2.11. Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands = Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-4.878.528	-14.629.059

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf	77.000.000	140.000.000
--	------------	-------------

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen , die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf	62.734.700	130.538.110
--	------------	-------------

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	175.000.000	175.000.000
--	-------------	-------------

§ 5

Nachrichtlich: Hebesätze

Die **Hebesätze** sind in der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) wie folgt festgesetzt:

	2017	2018
1. Grundsteuer		
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	470 v. H.	470 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	470 v. H.	470 v. H.
2. Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge	430 v. H.	430 v. H.

§ 6

Die örtlichen Wertgrenzen im Hinblick auf die Veranschlagung von Investitionen als Einzelvorhaben werden wie folgt festgesetzt(jeweils in Euro):

Hochbaumaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):	ab 150.000
Begrünungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):	ab 250.000
Tiefbaumaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):	ab 500.000
Kanalsanierungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen), die eine wesentliche Änderung im Entwässerungsnetz darstellen:	ab 500.000

Kanalsanierungsmaßnahmen, die keine wesentliche Änderung im Entwässerungsnetz darstellen, werden in einem Sammelansatz veranschlagt.

3. Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan der Vereinigten Stiftungen für die Haushaltsjahre 2017/2018 mit folgenden Festsetzungen:

	Haushaltsjahr	
	2017 Euro	2018 Euro
Ordentliche Erträge/Einzahlungen	19.000	32.000
Ordentliche Aufwendungen/Auszahlungen gemäß Haushaltsplanentwurf Seite 538	19.000	32.000

4. Der Gemeinderat beschließt die vorgelegte Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021. Die Finanzplanung wurde aufgrund der beschlossenen Veränderungen fortgeschrieben.
5. Für eine zeitlich flexible Handhabung der Kreditaufnahme beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, die Kreditermächtigung - soweit erforderlich - auszuschöpfen. Sie berichtet bei Bedarf dem Hauptausschuss, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen sie hiervon Gebrauch gemacht hat.
6. Für eine zeitlich flexiblere Handhabung der Gewährung von Bürgschaften verzichtet der Gemeinderat auf Vorberatungen im Hauptausschuss. Die Genehmigung durch den originär zuständigen Gemeinderat bleibt hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf:

Wir steigen in die Beratung des Tagesordnungspunktes 1 ein. Der Entwurf des Haushaltsplans 2017/18 wurde Ihnen am 26. Juli mit den Etatreden von mir und der Finanzdezernentin Gabriele Luczak-Schwarz eingebracht. Die Fraktionssprecher, Sprecher der Gruppierung sowie die Einzelstadträte haben am 27. September dazu Stellung genom-

men. Wir haben dann den Entwurf des Haushaltes sowie die 1. Veränderungsliste am 8. November im Hauptausschuss vorberaten und die eigentliche Beratung fand dann in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 15. November, also vor genau einer Woche, statt. Anlässlich dieser Beratung wurden die in der 2. Veränderungsliste enthaltenen Veränderungen beschlossen. In der Veränderungsliste sind außerdem enthalten eine Korrektur der 1. Veränderungsliste in Verbindung mit aktivierten Eigenleistungen, die sich in Verbindung mit dem Haushaltserlass des Landes Baden-Württemberg für das Jahr 2017 ergebenden Veränderungen bei der Schlüsselzuweisung und die Reduzierung des Kreditbedarfs der Jahre 2017 und 2018. Jetzt geht es darum, dass wir unter dieses fertige Gesamtkonzept, das heute keine Neuerungen enthält, sondern das was Sie spätestens letzten Dienstag alles wussten und auch beschlossen haben, noch mal abschließend einen Beschluss setzen. Ich darf damit die Aussprache eröffnen. - Herr Stadtrat Dr. Heilgeist.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Zunächst nochmals herzlichen Dank für die Würdigung. Ich wurde vor der Sitzung schon gefragt, ob für mich hier dieser Raum schon mein Wohnzimmer sei. Das habe ich dann aber doch dementieren können. Ich bedanke mich bei Ihnen, ich bedanke mich für 40 Jahre gute Zusammenarbeit, auch jetzt in diesem Gemeinderat. Ich schließe das gleich zu den Haushaltsberatungen an. Ich habe selten eine Haushaltsberatung erlebt, die so harmonisch verlaufen ist, die vor allen Dingen so gut vorbereitet war unter den Fraktionen. Wenn wir nur einen Tag, wie es nach außen scheint, für diese Haushaltsberatungen gebraucht haben, muss man natürlich berücksichtigen, dass wir im Vorfeld schon die Haushaltsstrukturvoraussetzungen geschaffen haben, um schon diese Dinge in den Haushalt selbst hineinzubringen. Auch damals wurden schon zwischen den Fraktionen die Gespräche geführt und Abstimmungen gemacht. Ich danke auch all denen, die wirklich viel Zeit darauf verwendet haben, diese Abstimmungen vorzunehmen, um diese harmonischen Beschlüsse herbeiführen zu können.

Natürlich sind nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen. Das ist klar. Wir haben schmerzhaft Kürzungen vornehmen müssen. Wenn wir halt im Rahmen der Haushaltsstruktur weiterkommen wollen, werden auch zukünftig weitere restriktive Maßnahmen vorgenommen werden müssen. Wir werden weiter kürzen müssen, aber in Abläufen andere Wege suchen. Es wird auch in den nächsten Jahren nicht einfach werden, wenn wir bis 2022 die Kürzungen, so wie vorgesehen, durchbringen wollen.

Der Jahresabschluss, so wie wir ihn beschlossen haben, schließt jetzt mit einem positiven Ergebnis für 2017 ab von 34 Millionen, 2018 von 9 Millionen. Das sind natürlich Schätzungen, von denen wir ausgehen, dass die Einnahmen entsprechend kommen, wie wir sie vorausgeplant haben, und dass sich bei den Ausgaben auch keine Überraschungen ergeben. Gerade am Montag war in der Zeitung allgemein dargelegt, dass die Steuereinnahmen im Oktober nochmal kräftig gestiegen sind, auch gesehen übers ganze Jahr insgesamt Januar bis Oktober, um 4,5 %. Das ist schon ein beträchtlicher Anteil. Man muss sich nur vorstellen, es hätte auch mal sein können, dass über diesen Zeitraum die Steuereinnahmen um diesen Betrag zurückgegangen wären. Deswegen ist zu bedauern, dass erst letzte Woche bekanntgegeben werden konnte, dass auch in Karlsruhe die Steuereinnahmen wahrscheinlich steigen werden. Wir haben es halt nicht ausgeben können. Das Geld geht damit aber auch nicht verloren. Es steht zur Verfü-

gung. Wir müssen weniger Kredite aufnehmen, weil man das einfach nicht berücksichtigt hat.

Ein Punkt, ich weiß, die meisten werden lächeln, trotzdem muss ich das sagen, das Ergebnis, was ich genannt habe von 34 Millionen für 2017 und 9 Millionen für 2018 beinhaltet auch, dass wir nicht die notwendigen Gelder eingestellt haben für die Pensionsrückstellungen unserer Mitarbeiter. Nach wie vor schwebt das Problem, dass diese nicht im Haushalt erfasst werden dürfen. Wir tragen sie vor uns her. Der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg trägt eigentlich die Last, aber letztendlich bleibt es an uns hängen und wir müssen es irgendwie finanzieren. Deswegen erscheint dieses Ergebnis wesentlich positiver als es tatsächlich ist. Das wollte ich doch am Schluss nicht versäumen, auch nach außen zu tragen, weil doch mancher sagen kann, wenn diese Überschüsse erwartet werden, dann hätte man auch mehr Geld ausgeben können. Dem ist nicht so. Meine Fraktion stimmt dem Haushalt, so wie er jetzt vorgelegt ist, zu. Wir sind zuversichtlich, dass nachher der Haushalt, wie er sich ergibt, dann auch dieses positive Ergebnis ausweisen kann.

Stadträtin Melchien (SPD): Zügige und konstruktive Haushaltsberatungen, vor allem im Vergleich zu den vorangegangenen Haushalten frühen Zeitpunkt, liegen hinter uns. Mancher Beobachter merkte kritisch an, dass wir als Karlsruher Gemeinderat für die Haushaltsberatungen und für viele wesentliche Entscheidung nur einen Tag benötigt haben. Der Redlichkeit halber sollte man aber erwähnen, dass wir seit Frühjahr diesen Jahres mit den Vorbereitungen zur Aufstellung beschäftigt waren. Vorbereitung hieß diesmal, unter dem erklärten Ziel der Haushaltskonsolidierung zwischen den Einnahmen und den Ausgaben einen tragfähigen Weg zu finden. Es war ein schwieriger Prozess. Ich glaube, wir können gemeinsam stolz darauf sein, dass Karlsruher Kommunalpolitik transparent und in mühevoller Kleinarbeit sich dieser wichtigen Aufgabe gestellt hat. Für viele einzelne Maßnahmen wurden wir als Gemeinderat in der Öffentlichkeit hart kritisiert.

Was wären die anderen Möglichkeiten gewesen? Ein weiter so wie bisher, wäre mindestens mittelfristig gegenüber zukünftigen Generationen unvertretbar gewesen. Spardiskussionen nur in den Hinterzimmern hätten sicherlich berechtigten und womöglich noch heftigeren Widerstand gebracht. Wir haben offen gearbeitet. Wir haben uns in den Wind gestellt und haben mehrheitlich den Kurs gehalten. So denke ich, können wir auch gemeinsam auf das Ergebnis stolz sein. Bei komplexen Fragen in schwierigen Zeiten einfache Antworten zu geben, das wäre sicherlich falsch gewesen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion war es uns wichtig, die Errungenschaften auf dem Weg zum Ziel einer sozialen Stadt zu erhalten. Schwerpunkt unserer Anträge war es, Menschen zu stärken und zu befähigen, selbstbestimmt und eigenständig am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben zu können. Die Zukunft des sozialen Arbeitsmarktes ist da ein ganz wichtiger Aspekt. Wir haben die kommunale Arbeitsförderung gesichert. Gemeinsam fraktionsübergreifend haben wir uns dafür eingesetzt, dass diese Versäumnisse des Bundesgesetzgebers nicht zu Lasten der Karlsruherinnen und Karlsruher gehen. Wichtig war sicher auch der Beschluss auf Antrag der GfK die Schuldnerberatung zu verstärken, auch hier wieder personell ordentlich auszustatten. Die Tatsache, dass der Gemeinderat bei der Wohnraumakquise keine, wie in der Organisationsuntersuchung herausgefun-

den, die benötigen zwei Stellen gesichert hat im Rahmen der Haushaltsberatungen, bedauern wir sehr. Ebenso dass die Mehrheit des Gemeinderats die Kürzungen beim Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderungen durchgesetzt hat. Wohnen und Mobilität sind wesentliche Bestandteile einer funktionierenden, einer gerechten Gesellschaft. In diesem Bereich zu sparen bzw. nicht zu investieren sind falsche Signale. Wichtig war uns, Familien mit Kindern zu stärken. Wir freuen uns deshalb, dass es uns mit unserem Antrag gelungen ist, die Elternanteile für das Schulmittagessen nicht zu erhöhen. Ebenso freuen wir uns, dass unsere Initiative bei der ScoolCard für Grundschüler eine Mehrheit in diesem Haus gefunden hat.

Karlsruhe zukunftsfähig zu machen bedeutet neben vielem anderen auch beispielsweise eine moderne Website. Deswegen konnten wir dem KULT-Antrag hier auch sehr gerne folgen. Erfreulich war sicherlich alles in allem auch diese sehr gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit, die auch ich positiv erwähnen möchte. Insbesondere bedanke ich mich bei allen persönlich, die im Jugendhilfe- und Sozialausschuss sehr konstruktiv gemeinsam gearbeitet haben und hier sicherlich durch sehr intensive, sehr kleinteilige Arbeit auch einen Weg gefunden haben für die betroffenen Träger Beschlüsse zu treffen, die gangbar sind. Ob es uns gelungen ist, werden wir in der Überprüfung auch kontrollieren.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 haben wir auch große zukunftsweisende Investitionen auf den Weg gebracht, beispielsweise das Städtische Klinikum, auf weitere werde ich wegen der Zeit nicht eingehen, und doch trägt dieser Haushalt die Handschrift der Konsolidierung. Wir danken allen Mitarbeitenden in der Verwaltung, die mit der Vorbereitung sich so intensiv beschäftigt haben. Auch hier kann ich mich meinem Vorredner anschließen. Es war ebenso eine sehr mühevolle Arbeit, für die wir uns ganz herzlich bedanken möchten. Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird dem Satzungsbeschluss zum Haushaltsplan zustimmen, denn solide Finanzen sind die Grundlage für eine handlungsfähige Kommunalpolitik, die sich auch in den kommenden Jahren für soziale Gerechtigkeit und ein zukunftsfähiges Karlsruhe stark machen kann. Vielen Dank.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Die Haushaltsberatungen wurden schon als denkwürdig und auch als historisch beschrieben. Tatsächlich gibt es einige Sachen, die hervorzuheben sind, die zumindest mir aus dem politischen Tagesgeschäft so nicht bekannt sind, z. B. die Zusammenarbeit, die im Vorfeld stattgefunden hat, ohne die Versuche sich zu profilieren während der Haushaltsstabilisierung, sondern wo als Fraktion zusammengearbeitet wurde und rein inhaltlich in den Fachbereichen versucht wurde, einen gangbaren Weg zu finden, diesen Haushalt auf gute Füße zu stellen, auf eine solide Basis.

Danken möchte ich der Stadtkämmerei und der gesamten Stadtverwaltung, die es möglich gemacht haben, diesen Haushalt erheblich früher verabschieden zu lassen, mit großem Einsatz dafür gesorgt haben, dass Sicherheit herrscht für die Leute, die Mittel empfangen, was passiert nächstes Jahr und sie nicht erst im Nachhinein im laufenden Haushalt Gewissheit bekommen. Auch der Sitzungsmarathon am Dienstag ist, soweit ich das weiß, einzigartig in der Geschichte des Karlsruher Gemeinderates, dass wir an einem Tag die kompletten Haushaltsberatungen durchgezogen haben. Auch freue ich mich, dass wir aus Rücksichtnahme auf die Menschen, die am nächsten Tag dieses Mal arbei-

ten mussten, in Zukunft da eine Lösung finden, bis 10 Uhr in der Sitzung gesessen haben, dann nicht noch mal loslegen müssen am nächsten Morgen.

Dann möchte ich zu einigen Inhalten etwas sagen. Für uns GRÜNE war es wichtig, keine Strukturen zu zerschlagen. Für uns GRÜNE war es auch wichtig, sinnvolle Möglichkeiten zu finden um zu sparen, aber auch sinnvolle Möglichkeiten aufzuzeigen, um Geld auszugeben. Zu Letzterem möchte ich kurz zwei Beispiele nennen. Die Wohnraumakquise, Frau Melchien hat es angesprochen, ja, da gab es eine Organisationsuntersuchung, die hat einen höheren Bedarf ausgegeben. Allerdings muss man wissen, es gibt ein umfangreiches Verfahren, das kommt durch den Personalausschuss, niemand bekommt sofort diese Personalmittel zugebilligt. Das war ein großes Entgegenkommen und bereits eine große Wertschätzung für die Arbeit, die da geleistet wird, überhaupt auf diesem Wege noch Personalstellen zu schaffen. Wir haben gleichzeitig mit den Mehrstellen für die Wohnraumakquise Einsparungen bei der Hotelunterbringung erreichen können im Haushalt, denn die Obdachlosen, die wir in Wohnraum bringen, die wir da begleiten, die müssen wir nicht teuer in Hotels unterbringen. Gleichzeitig ist es für die Menschen erheblich besser, eine eigene Wohnung zu haben.

An einer anderen Stelle hat das nicht funktioniert: beim Radwegebau. Radwege sind insofern ein Einsparpotential, da die günstigsten Verkehrsteilnehmer neben Fußgängern für die Stadt Radfahrer sind. Das ist viel günstiger als ÖPNV pro Person, das ist viel günstiger als jemand, der in einem Pkw sitzt. An der Stelle, wo es ein gutes Radwegenetz gibt, fahren mehr Leute Rad, ließe sich auch Geld sparen. Leider konnten wir für die Fortführung der Mittel auf bisherigem Niveau keine Mehrheit erreichen. Für mich persönlich erfreulich, der Erhalt der Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, denn da entfalten die Mittel eine erhebliche Hebelwirkung. Dadurch dass Geld fair ausgegeben wird, wird das Geld von den Bürgern eingesetzt um Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern. Das Geld, was die Stadt ausgibt, wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein. So hat das eine viel größere Wirkung.

Was uns als GRÜNE-Fraktion verwundert hat, ist der Nachklapp von der SPD-Fraktion, die an dieser Stelle in einer Pressemitteilung verkündet hat, gerade eben noch mal, dass Dank der SPD-Fraktion die Beiträge für das Schulessen nicht steigen. Bereits in der Haushaltsstabilisierungsdebatte haben wir GRÜNEN uns vehement dagegen gestellt, die Beiträge zu erhöhen, wo die SPD noch zugestimmt hat. Jetzt eine Kehrtwende über die wir uns freuen. Das ist gut für die Eltern, das ist einfach ein sehr positives Signal, aber es ist nicht der Verdienst der SPD, es der Verdienst von vielen. Wir hätten diese Debatte gar nicht noch einmal führen müssen, hätten sie sich da frühzeitig dazu durchringen können.

Insgesamt müssen wir sagen, waren das aber sehr gute Haushaltsberatungen. Wir sind sehr respektvoll miteinander umgegangen. Streit konnte ich nicht ausmachen während dieser Sitzung. Ich freue mich, dass das so gelaufen ist. Wir werden dem Haushalt, der auf einer soliden Basis für die Zukunft steht und ein erster Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung ist, gerne zustimmen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Auch wir von KULT sind mit dem Prozess, wie es lief, sehr zufrieden, dass die wesentlichen Kürzungen, die in der Stadtgesellschaft spürbar sind,

alle seit April schon bekannt waren und man dann auch mehr in das Gespräch mit den Leuten kommen konnte und mehr Möglichkeiten hatte, tatsächlich die Kommunikation zu haben, ob jetzt die einzelnen Kürzungen so tragbar sind, um da mehr nachzusteuern. Insgesamt sind wir mit dem Doppelhaushalt 2017/2018, wie er uns vorliegt, zufrieden und denken, es ist ein vernünftiger Weg in Karlsruhes Zukunft.

Auch wir haben uns über einige Punkte ganz besonders gefreut, dass unsere Mittel für die Homepage mit Sperrvermerk erst mal angenommen wurden, dass es die Aufstockung des Personals beim Kinder- und Jugendhaus in der Südstadt gibt, dass beim Stadtarchiv minimal nachgesteuert wurde. Auch beim Schulessen freuen wir uns sehr, dass es hier zu keiner Kürzung kommt. Im April wollten GRÜNE und wir von KULT das nicht, dass die SPD da noch einmal gut darüber nachgedacht hat und es dann doch auch mitgetragen hat.

(Der Vorsitzende: Jetzt lobt ihr euch doch alle gegenseitig und müsst euch nicht noch darüber streiten.)

Apropos Lob: jetzt mal das Gegenteil. An einigen Stellen hätten wir uns natürlich gefreut, wenn es dann noch die Mehrheit gegeben hätte mit ein bisschen mehr Zustimmung von anderen Fraktionen. Insbesondere ist da zu nennen der Beförderungsdienst für die Menschen mit Behinderungen, die Straßensozialarbeit, der Nightliner, dass der doch nicht eingestellt wird unter der Woche. Die Kindermalwerkstatt hätte auch gerne noch ein bisschen mehr Mittel vertragen. Aber wir haben immerhin ein paar Mittel eingestellt. Dem kann man schon so zustimmen.

Für den weiteren Haushaltsstabilisierungsprozess, insbesondere im Hinblick auf den nächsten Doppelhaushalt 2019/2020 gehen wir davon aus, dass es nicht mehr so sein kann, dass wir einfach die Ausgaben und Zuschüsse zusammenkürzen und einfach reduzieren, sondern wir sind der Meinung, das sagen wir jetzt auch zum wiederholten Mal, dass vor allem die Verwaltungsprozesse angegangen werden müssen, dass die Abläufe vereinfacht werden müssen, dass es einfach weniger Verwaltungsaufwand gibt. Die FDP würde so etwas Bürokratieabbau nennen. Das soll natürlich nicht heißen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine gute Arbeit leisten würden. Wir sind sehr stolz auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das sehen wir auch hier wieder, wie der ganze Doppelhaushalt vorbereitet wurde. Auch hier der ganz große Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben, auch an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir denken, dass die Prozesse, so wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sie umsetzen müssen, an einigen Stellen noch nicht optimal sind, und dass man das optimieren kann. Das sollten wir mitnehmen in die weitere Debatte in der Strukturkommission und im Gemeinderat und dann werden wir beim nächsten Doppelhaushalt sehen, ob wir damit zurechtkommen. Auf jeden Fall möchten wir schon einmal klar sagen, mit den Kürzungen, die wir jetzt in diesem Doppelhaushalt haben, haben wir quasi das, was wir einfach an Ausgaben nach außen kürzen kann, abgearbeitet. Wir möchten jetzt wirklich davon weggehen, das nicht mehr machen, nicht mehr einfach im nächsten Doppelhaushalt die Kürzung am Ende machen, so dass die Leute weniger Zuschüsse kriegen, sondern wir möchten wirklich in die Abläufe in der Verwaltung gehen.

Abschließend bleibt mir dann nur noch zu sagen, auch wir von KULT werden der Haushaltssatzung zustimmen.

Stadtrat Hock (FDP): Die FDP-Fraktion im Gemeinderat ist zuerst mal sehr dankbar und froh, dass die Stadtverwaltung mit allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern uns dies erst ermöglicht hat, dass wir im Jahr so früh hier so gut einsteigen konnten. Dass das keine Selbstverständlichkeit war, ist hier im Hause jedem klar. Ich möchte es noch einmal explizit herausstellen, weil es mir und meiner Fraktion sehr wichtig ist, dass wir den Dank an Sie, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, geben, die sie uns so gut mit Daten versorgt haben, dass wir diesen Haushalt so früh im Jahr überhaupt aufstellen konnten. Die Transferleistungsempfänger in Karlsruhe sind auch froh, dass sie frühzeitig im Jahr wissen, wie es bei ihnen weitergeht. Das war immer ein Anliegen der FDP-Fraktion, deshalb war meine Fraktion auch die, die diesen Antrag hier im Gemeinderat gestellt hat und der auch hier die Unterstützung fand, so dass wir frühzeitig im Jahr die Jahresplanung vieler klar bescheiden konnten und sagen, wie es bei ihnen weitergeht. Deshalb ist es auch so, dass meine Fraktion es bedauerlich findet, dass es auch Dinge gab, die wir nicht unterstützen und nicht halten konnten, wie z. B. die Aktion Cent hinterm Komma. Meine Fraktion hat dies beantragt und leider Gottes wurde es nicht mehrheitlich so beschieden, dass es im kleinen Rahmen dort weitergehen kann. Deshalb gibt es bei allem Positiven, was wir heute hier zu sagen haben auch Dinge, die natürlich schon einschneidend für Einzelne waren und sind. Nichtsdestotrotz muss man sagen, hier im Haus war die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen so, wie es wahrscheinlich die letzten Jahre noch nie in diesem Haus möglich war, einen Haushalt aufzustellen. Wir waren uns in vielen Dingen, die sonst sehr strittig waren, in diesem Haus einig, und wir haben es zusammen geschafft, einen ordentlichen Haushalt aufzustellen vor dem Hintergrund, dass man heute liest, dass viele Großstädte in Deutschland ganz gewaltig in schwierige Situationen reinschippeln und die Lösungen und Antworten dafür noch nicht gegeben haben. Deshalb haben wir frühzeitig das Ruder fest zusammen in die Hand genommen und das große Schiff Karlsruhe auf Kurs gehalten. Das ist nicht einfach und wird auch in Zukunft meines Erachtens nicht einfacher werden, dies alles und jedem recht zu machen. Das ist ja die Kunst dabei. Aber ich möchte mich für meine Fraktion bei allen die hier mitgewirkt haben bedanken. Wir gehen den Satzungsbeschluss zur Vorlage und Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde heute gerne mit. Noch einmal Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich will noch einmal betonen, dass die Verfahrensweise, wenige Stunden vor dem endgültigen Satzungsbeschluss die Unterlagen zu verschicken, sicherlich nicht wirklich zumutbar ist und auch dem Satzungsbeschluss nicht gerecht wird. Es gibt schließlich auch Menschen in diesem Haus, die arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ich gehe davon aus, dass der Kollege Paul Schmidt und ich von der AfD nicht die einzigen sind, sondern dass es auch noch andere Stadträte sind, denen es genauso geht. Wenn es wirklich so ist, dass es nur 30 Minuten oder eine Stunde dauert diese Papiere zu erstellen, dann stellt sich schon die Frage, warum müssen wir die erst ein paar Stunden vor der Sitzung bekommen. Wenn es gestern Abend gekommen wäre, hätten wir sicher nichts gesagt. Dann hätten wir uns die noch in Ruhe angeschaut und die Sache wäre in Ordnung gewesen. Ich möchte doch bitten, dass wir in Zukunft die Unterlagen ein bisschen früher bekommen. Wenn es abends rechtzeitig

um 18 Uhr da ist, dann kann man sich in einer Besprechung vor der Gemeinderatssitzung noch damit beschäftigen, aber so ist es einfach ein bisschen schwierig. Lieber Kollege Fechner, das möchte ich noch zu Ihnen sagen, wenn sorgfältiges und gewissenhaftes Arbeiten Populismus ist, dann sind wir sehr gerne Populisten.

Jetzt zur Haushaltssatzung: Wir haben das schon immer in den ganzen Haushaltsberatungen betont auch als wir das Maßnahmenpaket Anfang des Jahres diskutiert haben, dass wir hier ein Ungleichgewicht sehen, zwischen Einsparungen, Steuern- und Gebührenerhöhungen. Das hat sich jetzt leider im Haushaltsplan und in der Haushaltssatzung fortgesetzt. Leider ist es nicht der Sparhaushalt, der hier groß verkündet wird, sondern eigentlich ist es im Wesentlichen ein Steuer- und Gebührenerhöhungshaushalt. Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen weitere Einsparungsvorschläge in Höhe von rund 40 Millionen Euro gemacht. Die wurden hier von der Mehrheit leider abgelehnt. Gleichzeitig haben wir vorgeschlagen, die Mittel, die zur Verfügung stehen, nicht mit dem Gießkannenprinzip auszugeben, sondern auf die wirklich für die Bürger wichtigen Themen einzuschränken oder zu fokussieren. Beispielsweise haben wir beantragt, dass dringend Handlungsbedarf besteht im Bereich Sicherheit. Die Aufstockung des KOD wurde ebenfalls leider durch die Mehrheit abgelehnt. Die Mittel sollten lieber im Gießkannenprinzip woanders ausgegeben werden. Dann haben wir gesagt, wir brauchen mehr Geld im Bereich der Kinderbetreuung. Wir haben 150 Schülerhortplätze gefordert; das hat die Mehrheit ebenfalls abgelehnt. Wir sehen schon eine ziemliche Schiefelage im Haushalt und zu guter Letzt auch die Grundsteuererhöhung, die einfach in den nächsten fünf Jahren das Wohnen in Karlsruhe, das ohnehin schon teuer ist, um 34 Millionen Euro verteuern wird. Insgesamt halten wir den Haushalt daher nicht für ausgewogen. Zum einen, ich will es noch einmal wiederholen, ist es leider nicht der Sparhaushalt, den wir eigentlich für richtig ansehen, sondern es ist ein Steuern- und Gebührenerhöhungshaushalt, und es ist etwas was wir sicherlich nicht mitgehen können. Zuerst einmal muss man sparen, dann kann man auch über Gebühren- und Steuererhöhungen sprechen, aber nicht gleich mit Steuer- und Gebührenerhöhung anfangen. Zum anderen werden wichtige Fragen für die Menschen in unserer Stadt überhaupt nicht angepackt. Es sind keine weiteren Maßnahmen zum Thema Sicherheit drin. Es werden die Schülerhortplätze nicht ausgebaut, also nichts zum Thema Betreuung in der Schule aus unserer Sicht und zu guter Letzt auch ein ganz wesentlicher Teil ist die Erhöhung der Grundsteuer und die Vertuierung des Wohnens. Deshalb können wir diesem Haushaltsplan nicht zustimmen und werden mit nein stimmen.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Wir können der Einnahmen- und Ausgabenpolitik, wie sie die Stadt in diesen Jahren verfolgt, nicht zustimmen. Der Begriff Sparhaushalt lässt zunächst einmal nicht erkennen, dass in den letzten Monaten ja auch immense Ausgaben getätigt worden sind in diesem Haus. Diese Ausgaben waren aus unserer Sicht nicht einfach pure Notwendigkeit, sondern sie sind ebenso wie die Kürzungsmaßnahmen ein Ausdruck des politischen Willens der Gemeinderatsmehrheit. Ich erinnere an das Ja zu dem aus Steuermitteln finanzierten Profifußballstadion mit Logen und Parkplätzen für die VIP's und Hochsicherheitsinfrastruktur. Hier kommen bei gleichzeitigem Sparen Millionen erst mal einem privaten Unternehmen und zweitens Einzelpersonen zu, die sich gut und gerne an den Kosten hätten beteiligen können.

Wir freuen uns natürlich, dass es in den Haushaltsberatungen so manche kleinere und größere Korrekturen bei den Sparmaßnahmen gegeben hat an denen wir uns sehr gerne beteiligt und die wir auch gefordert haben. Sie haben uns darin bestätigt, dass unser Vorgehen, die Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich noch einmal auf den Prüfstand zu stellen, richtig war. Wir sind nicht der Meinung, so wie andere es heute etwas positiv benannt haben, dass keine Strukturen im sozialen Bereich zerschlagen wurden durch diese Kürzungen. Wir sehen das anders. Es ist fraglich, ob nicht auch die soziale Kette da bricht, wo sie am dünnsten ist und wir haben Vermutungen, dass sich das erst im Laufe der Zeit herausstellen wird, wo das soziale Netz in Karlsruhe einfach Lücken bekommen hat oder Lücken bekommen kann. Von der Mehrbelastung, die auf die Beschäftigten zukommt, ob sie jetzt in Einrichtungen sind oder in der Stadt, die sowieso schon zum großen Teil am Limit sind, von diesen zusätzlichen Belastungen in den Arbeitsaufgaben habe ich jetzt leider nichts gehört. Das wäre uns aber sehr wichtig, das zu erwähnen. Es gab eine Entscheidung, die auch in der Öffentlichkeit sehr heftig diskutiert worden ist, ich möchte sie hier nochmal nennen, und zwar war das die gleichzeitige Beschließung dieser Fahrtenkürzung für Menschen mit Behinderungen und andererseits den Beschluss, den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten mehr kostenloses Parken in der Stadt zu genehmigen. Das haben nicht etwa Sparts euch oder wir Linken scharf kritisiert, sondern diese Kritik kam vom Beirat von Menschen mit Behinderungen. Der hat gesagt und hat es ausgesprochen, dass das so nicht zusammengeht. Das sind beides kommunalpolitische Entscheidungen, und sie sind geeignet, eine ungute Kluft zwischen politischen Entscheidern und Bevölkerung entstehen zu lassen. Aus unserer Sicht zerstören sie Vertrauen und sie sind zutiefst ungerecht. Sie bilden den Nährboden für eine Politik eines Gegeneinanders und auch einer Politik von Menschenfeindlichkeit, wie wir sie in immer mehr Regierungen vorfinden und die auch hier nicht zuletzt droht. Wir wollen so eine Politik nicht, und wir denken, Sie wollen sie eigentlich auch nicht. Umso unangenehmer sind wir überrascht, dass zum Beispiel dieser Beschluss über die Fahrgeldzuschüsse oder diese Parkhausgutscheine in dieser Weise zustande gekommen ist. Das hätten wir nicht gedacht und auch wirklich nicht gewollt.

Der vorliegende Doppelhaushalt ist eine kommunale Übersetzung einer Politik der sozialen Spaltung wie sie aus unserer Sicht auf Bundes- und Landesebene entworfen und auch maßgeblich seit Jahren umgesetzt wird. Leider bleibt nennenswerter Protest gegenüber dieser Zumutung der großen Politik auf kommunaler Ebene meist aus. Das dürfte etwas mit Regierungsbeteiligung zu tun haben. Es gibt aber Gemeindeparlamente und Stadtverwaltungen in Deutschland, die nicht bereit sind, ihre Finanzen zu Lasten der eigenen Kommune oder zu Lasten der Menschen ohne Lobby zu konsolidieren. Wir hätten es sehr gut gefunden, wenn eine starke Stadt wie Karlsruhe andere Ansätze im Umgang mit Haushaltsdefizit zumindest in Erfahrung gebracht und diskutiert hätte. Dass soziale Not sich in den letzten Jahren auch in Karlsruhe verstärkt hat, und dass sich dies durch den Doppelhaushalt keineswegs ändert, wird schwerlich jemand leugnen. Kritik am Doppelhaushalt kam diesmal nicht nur von den Linken. Die Initiative für eine solidarische Stadt mit ihrem Slogan Sparts euch war mit ihrem Interesse und ihren Aktionen zum Doppelhaushalt leider in diesem Haus so ganz und gar nicht willkommen und wurde auch nicht als Bestandteil demokratischer Willensäußerung akzeptiert. Das finden wir schade und bedenklich. Wir hoffen, dass in Zukunft solche Initiativen wie Sparts euch weiter kritisch die Haushaltsberatungen begleiten. Als Konsequenz unserer Kritik

an den beschlossenen Kürzungsmaßnahmen im sozialen und kulturellen Bereich lehnt die Linke im Karlsruher Gemeinderat den vorliegenden Haushaltsplan ab.

Stadtrat Mossuto (GfK): Die BNN schrieb in ihrer Ausgabe vom 17. November 2016: Viel debattiert, wenig bewegt. Stimmt das? Zumindest haben wir dafür gesorgt, dass zusätzliche Kosten sich in den genannten 1, 2 Millionen noch in einem akzeptablen Rahmen befinden. Viel wichtiger war, dass wir die Grenzen der Sparmöglichkeit erkannt haben. Viel mehr können wir und wollen wir nicht den Bürgerinnen und Bürgern abverlangen. Unser wichtigstes Ziel ist, dass die Kosten unter den Einnahmen liegen müssen. Das müssen wir uns immer vor Augen halten. Gewiss müssen wir große Projekte hinterfragen, entscheidend ist hier doch eine nachhaltige Verwaltungsreform. Das nicht in Jahren, sondern sofort. Sie muss bis Ende 2017 umgesetzt sein. So werden Kosteneinsparungen effizient ohne dass die Qualität von Leistungen darunter leidet. Dazu erlaube ich mir folgende Anmerkung zu den Begrifflichkeiten Effizienz und Effektivität. Vielfach werden Effizienz und Effektivität nicht sachgerecht verwendet. Das Erreichen eines Ziels ohne Rücksicht auf den Aufwand, wird salopp gesagt oftmals als effektiv verstanden und das ist richtig so. Würde man den Aufwand optimieren, handelt man effizient. Dies hätte unmittelbare Konsequenzen auf die Kosten. Meine Damen und Herren, wir haben noch viel Arbeit vor uns, um den Haushalt zu stabilisieren. Wir stimmen der Beschlussvorlage zu.

Stadtrat Wenzel (FW): Meinen Dank zuerst an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei und der Verwaltung für die umfangreichen Vorarbeiten die den heutigen Satzungsbeschluss so früh ermöglicht haben. Neben der Vermeidung von sozialer Härte haben wir Freien Wähler uns sieben Haushaltsschwerpunkte gesetzt, die wir in weiten Teilen erfüllt sehen wollten, um dem nun vorliegenden Haushalt zustimmen zu können.

Da wäre die Sicherheit: Trotz überzeugenden Argumenten zur Aufstockung des KOD von Seiten der FDP, der CDU und auch der AfD sowie meines Ratskollegen Stefan Schmitt, der im Nachgang nochmals die Erfolge des personell besser ausgestatteten Mannheimer KOD bei der Entwicklung der Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum dokumentierte, will leider die Mehrheit dieses Gemeinderats weiterhin tatenlos abwarten bis die Landespolizei ihre Personalstärke in Karlsruhe aufgestockt hat auch wenn dies noch Jahre dauern kann. Zweitens, die Finanzierung der Kombilösung, aber vor allem ihre Betriebs- und Folgekosten werfen weiterhin einen bedrohlichen Schatten auf kommende Haushalte. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird sich leider bei den vorgesehenen neuerlichen geplanten Kreditaufnahmen weiter erhöhen. Dies umso bedauerlicher, da gleichzeitig zahlreiche Gebühren für die Bürger dieser Stadt erhöht werden. Viertens, bei der Attraktivität der Innenstadt sind wir keinen Schritt weitergekommen. Fünftens der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum wird durch den Beschluss der Grunderwerbsteuererhöhung konterkariert. Sechstens, die Investitionsausgaben der Stadt bleiben trotz einiger Notwendigkeiten wie der Schul- und Klinikumsanierung und der brandschutzbedingten Renovierung der Stadthalle im Hinblick auf den Neubau des Wildparkstadions und den Umbau des Staatstheaters in schwindelerregender Höhe. Dem Sorgenkind ÖPNV werden die Reduzierungen im Service durch den Wegfall der Linie 8 und der Reduzierung des Nightliners nicht weiterhelfen.

Es ist mir klar, dass wir hier in diesem Haus keine Berge versetzen können und mehr Verwalter als Gestalter sind. Aber wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, mitgezählt haben, dann werden Sie verstehen, dass ich dieser Haushaltssatzung trotz langer, intensiver, weitgehend konstruktiver und äußerst fairen Beratungen nicht zustimmen kann. Verstehen Sie meine Ablehnung nicht als Auflehnung, sondern als Anregung, noch intensiver als bisher für unsere Anliegen um Mehrheiten in diesem Haus zu werben.

Stadtrat Schmitt (pl): Nach diesen Haushaltsberatungen reden wir nicht mehr von einer Verdreifachung der Pro-Kopf-Verschuldung wie beim letzten Mal. Im Gegenteil, mit dem jetzt vorliegenden Fahrplan stellen wir sicher, dass die Stadt auch in den nächsten Jahren handlungsfähig bleibt, und die Weichen für einen nachhaltigen Abbau der Schulden sind damit gestellt. Das ist das Positive an diesem Haushalt. Negativ ist die Art und Weise wie die Sanierung dieses Haushaltes zustande kommt. Der Maßnahmenkatalog besteht zu einem Drittel aus der Kürzung von Leistungen für die Bürger und zu zwei Dritteln aus der Erhöhung von Gebühren für die Bürger. Echte Sparmaßnahmen in der Stadtverwaltung gibt es dagegen nicht. Das ist der eine Wehrmutstropfen in diesem Doppelhaushalt. Der zweite ist die Tatsache, dass die Erhöhung der Grundsteuer mit 34 Millionen Euro die wichtigste Säule der Sanierung darstellt. Von diesen 34 Millionen müssen mehr als 50 Prozent von den Mietern geschuldet werden, da die Grundsteuer zu 100 Prozent auf die Mieter umgelegt werden kann. In einer Phase in der die Mieten aufgrund einer verfehlten Wohnungsbaupolitik und einer ungesteuerten Zuwanderung immer stärker steigen, ist das ein vollkommen falsches Signal. Denn die Erhöhung der Grundsteuer macht die Mieten für die Mieter noch teurer. Das für die Verbesserung der Sicherheit der Bürger trotz vieler, dann leider doch, Lippenbekenntnisse in den Haushaltsreden in diesem Haushalt nun doch kein Geld da war zeigt, dass dieses Thema nach wie vor von der Mehrheit des Gemeinderats nicht ernst genommen wird. Insofern war es auch nicht erstaunlich, dass die Diskussion, die sich hier letzten Dienstag um die Themen KOD und Frauentaxi entspannen, vollkommen ins Surreale abgeglitten ist. Hierzu nur drei Stilblüten, die man sich einmal vor Augen führen muss: SPD: „Wir sind gegen mehr KOD, weil wir mehr Polizei brauchen“, KULT: „Wir beantragen 800 neue KOD-Mitarbeiter, weil wir gegen die Aufstockung des KOD sind“, GRÜNE: „Das Frauentaxi ist der falsche Weg, denn wir müssen verängstigte Frauen selbstbewusster machen.“ Wie man das macht, blieb leider offen. Dieser Eiertanz zeigte deutlich, dass die drei genannten Fraktionen mit dem Thema Sicherheit ein Problem haben. Aber auch hier werden sie bald feststellen, dass die Macht des Faktischen sie auf den Weg der Realität zurückführen wird. Realität ist auch, dass in den städtischen Gesellschaften die Schulden und die Personalkosten weiter steigen und auch hier ist es die Aufgabe des Gemeinderates auf Konsolidierungsprogramme zu drängen und über die Aufsichtsräte gegenzusteuern.

Trotz der genannten Mängel werde ich heute diesem Haushalt zustimmen insbesondere vor dem Hintergrund, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, uns im Zuge der Beratungen zugesichert haben, nun auch die dringend notwendige Verschlinkung Ihrer Verwaltung tatkräftig anzugehen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge und wir kommen zur Abstimmung - Damit ist der Haushalt mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Ich darf mich auch im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedanken bei Ihnen, weil ich denke, das ist auch ein gutes Vertrauensvotum und eine schöne Anerkennung für die Arbeit der Verwaltung, die auch heute schon zu Recht vielfach gelobt wurde.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. Dezember 2016